

Friederike-Nadig-Straße

Im Sommer 1948 wird Friederike (Frieda) Nadig vom Nordrhein-Westfälischen Landtag in den Parlamentarischen Rat gewählt. Hier wirkt sie als Mitglied im Ausschuss für Grundsatzfragen. Ihre Aufmerksamkeit gilt in erster Linie verfassungspolitischen Fragen, die den Alltag eines jeden bestimmen.

Sie setzt sich für Gleichberechtigung von Mann und Frau, insbesondere für die Lohngleichheit und die rechtliche Gleichstellung von unehelichen und ehelichen Kindern ein. Zudem zählt sie zu den aktivsten Befürwortern des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Geboren wurde Friederike Nadig am 11. Dezember 1897 in Herford, gestorben ist sie am 14. August 1970 in Bad Oeynhausen.

Friederike Nadig wächst in einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus auf. Nach dem Besuch der Volksschule macht sie eine kaufmännische Lehre bei „Konsum“ und ist danach dort acht Jahre als Verkäuferin tätig. Bereits früh engagiert sie sich politisch: 1913 tritt sie in die Sozialistische Arbeiterjugend ein und ist seit 1914 Mitglied in der Sozialistischen Angestelltengewerkschaft, im Frühjahr 1916 tritt sie dann in den SPD-Ortsverein Herford ein.

Nach einer Ausbildung an der Sozialen Frauenschule in Berlin-Schöneberg besteht sie im Sommer 1922 das Staatsexamen als Wohlfahrtspflegerin mit dem Schwerpunkt Jugendwohlfahrt. Gleich im Anschluss wird sie tätig beim Jugendamt Bielefeld als selbstständige Jugendfürsorgerin. Von 1930 – 1933 ist sie außerdem Mitglied des Westfälischen Provinziallandtags.

Sie übernimmt von 1946 – 1966 die Verantwortung als Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt Ostwestfalen (Bielefeld). Dabei ist Frau Nadig wesentlich am Wiederaufbau des Bielefelder SPD-Ortsverbands und der SPD-Bezirksorganisation Ostwestfalen beteiligt. In dieser Zeit ist sie auch Mitglied des Zonenbeirats und darüber hinaus von 1947 – 1950 Mitglied des Nordrhein-Westfälischen Landtags. In beiden Institutionen ist ihr Schwerpunkt die Sozialpolitik. Ihre Verantwortung erweitert sich, als sie von 1949 – 1961 Mitglied des Deutschen Bundestags, unter anderem Mitglied im Ausschuss für Rechtswesen und Verfassungsrecht bzw. im Rechtsausschuss ist. Hier tritt sie vor allem für ein zeitgemäßes Familienrecht, die Gleichstellung unehelicher Kinder, Mutter- und Jugendschutz sowie den Ausbau der rechtlichen Grundlagen der Sozialordnung ein.

(Quelle: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat>)